

nötig. Die häufigen Zugeständnisse und der Pragmatismus und vor allem die aktive Beteiligung an der Korruption kratzen an der Identität der PT und enden bisweilen in handfesten Skandalen mit dem politischen Aus einiger Führungsfiguren. Dieser Politikstil beschränkt sich aber nicht auf die PT: Alle Parteien betrachten Bestechung als übliche politische Praxis, als Kavaliersdelikt (188), und die gesamte politische Klasse ist in korrupte Machenschaften involviert (191). Der Autor beschreibt ausführlich und detailreich die korrupten Verstrickungen zentraler politischer Entscheidungsträger nahezu aller politischen Richtungen (Politik und Wirtschaft) dieser Epoche. Auch das Impeachment gegen Lulas Zögling und Nachfolgerin Dilma Rouseff wurde letztlich auf dubiose Weise eingefädelt.

Abschließend beleuchtet der Autor Lula und sein Agieren nach seiner Präsidentschaft 2010 genauer. Es wird deutlich, dass das Alphatier Lula mit z.T. neuen Allianzen auf den verschiedenen Ebenen seine Rückkehr ins Präsidentenamt einfädeln will. Er ist immer noch der Übervater der Linken (229). Seine Verurteilung kurz vor der Wahl 2018 hat diese Ambitionen nur unterbrochen. Das Buch kam ca. ein halbes Jahr vor den Wahlen in Brasilien heraus. Inzwischen ist Lula offiziell Kandidat und die Prognosen sehen ihn durchaus chancenreich.

Nach dem eher chronologischen Teil geht Nöthen im großen Kapitel *Lulismus* (134-235) ausführlich auf die Inhalte und die Positionen von PT und Lula ein. Wichtige Politikfelder, wie Landreform, Indigene, Agrobusiness, Evangelikale, Korruption usw., werden ausführlich analysiert. Gerade in diesem Kapitel mit den präzisen Analysen zeigt der Autor seine profunde, ja fast intime Kenntnis der brasilianischen Politik mit den typischen Eigenheiten und Besonderheiten der politischen Landschaft und Kultur. Das Buch geht, wie eingangs erwähnt, weit über das Versprechen des Titels hinaus: Es beschreibt und analysiert die Epoche Lula und gibt einen wirklich guten Überblick über die politische Geschichte Brasiliens der letzten 50 Jahre. Dabei stellt es die reale und aktuelle Situation trefflich und eingängig dar; die zahlreichen Fakten und Details sind gut recherchiert und ausführlich belegt (20 Seiten Literatur und Quellen), und zugleich ist es spannend zu lesen.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der komplexen Situation nach dem extrem knappen Wahlausgang wird es spannend zu beobachten sein, wie und mit welchen Allianzen Lula seine politischen Vorhaben umsetzen will.

Theo Mutter

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v42i2.12>

Chris Alden & YuShan Wu (Hg.): *South Africa-China Relations. A Partnership of Paradoxes*. Cham: Palgrave MacMillan 2021, 298 Seiten (<https://doi.org/10.1007/978-3-030-54768-4>)

Chinas Wirtschaftsinteressen auf dem afrikanischen Kontinent sind seit vielen Jahren ein Forschungsthema. Südafrikas Beziehungen mit dem Land sind von besonderem wissenschaftlichem Interesse, da sie ökonomische und politische Dimensionen verbinden. Zudem haben sie eine lange und wechselvolle Geschichte und unterscheiden sich damit von den relativ rezenten Investitionen Pekings in andere afrikanische

Länder. Dieser Sammelband stellt Einschätzungen südafrikanischer und chinesischer Autor*innen vor. Die meisten von ihnen sind derzeit an Universitäten oder Bildungsinstituten in Johannesburg bzw. Pretoria tätig, einige in chinesischen Metropolen.

Das Buch umfasst vierzehn Beiträge, die in vier Kapitel aufgeteilt sind. Im ersten Teil werden Grundlagen der Beziehungen zwischen Südafrika und China erläutert; es folgt ein umfangreiches Kapitel zur politischen Ökonomie; sehr ausführlich werden im dritten Kapitel einzelne Sektoren der Zusammenarbeit vorgestellt – von Bildung bis zur Landwirtschaft. Im vierten Teil geht es schließlich um Chines*innen in Südafrika und Südafrikaner*innen chinesischer Herkunft; diese Beiträge widmen sich wirtschaftlichen Aspekten und dem urbanen Alltag. Ein Index, ein Abkürzungsverzeichnis und zahlreiche Schaubilder erhöhen den Nutzen des Sammelbands für die Leser*innen.

Chris Alden, ein namhafter Experte für chinesisch-(süd)afrikanische Beziehungen, stellt zusammen mit der jüngeren Forscherin *YuShan Wu* wichtige Etappen der politischen (Diplomatie)Geschichte vor. *Christopher Williams*, ebenfalls ein jüngerer Wissenschaftler im Bereich internationale Beziehungen, ergänzt und vertieft diese Erläuterungen mit einem Fokus auf die Präsidentschaft Nelson Mandelas (1994-1999). Während Alden und Wu einen breiten Bogen spannen, themenrelevantes Kontextwissen vermitteln und vor allem Sekundärliteratur und Medienberichte zu Rate ziehen, zeichnet sich Williams fundierte Analyse durch eigene Archivrecherchen und Interviews aus. Diese bilden eine solide Dokumentationsbasis für seine differenzierte Darlegung.

Zusammen ermöglichen diese Einstiegstexte eine gute Einordnung aller weiteren Beiträge. Denn sie zeigen auf, wie komplex und wandelbar die Beziehungen zwischen Südafrika und China seit Mitte des 20. Jahrhunderts waren. So hatte das Apartheidregime Wirtschaftskontakte mit Taiwan aufgebaut, taiwanesishe Unternehmen investierten in peripheren Regionen Südafrikas – die Homelandpolitik sollte damit eine ökonomische Basis erhalten und die Abwanderung schwarzer Arbeitssuchender einschränken. Der Urbanisierung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit wurde temporär gegenzusteuern versucht, wobei auch die Minderheitenregierung in Pretoria die arbeitsintensiven, taiwanischen Industriebetriebe kräftig subventionierte. Mit dem kommunistischen Regime in Peking unterhielt Pretoria offiziell keine diplomatischen Beziehungen, was die weißen Machthaber aber offenbar nicht davon abhielt, dort Waffen einzukaufen. Währenddessen orientierte sich der *African National Congress* (ANC) in seinem Anti-Apartheid-Kampf eher an der Sowjetunion und nur wenige ANC-Vertreter reisten für Beratungen zu Mao Zedong. Taiwan stufte den ANC während der Apartheid als Terrororganisation ein, umwarb ihn aber im Zuge der politischen Wende Anfang der 1990er Jahre. Ausschlaggebend waren eigene Wirtschaftsinteressen – von der Ideologie nahm man Abstand.

Mit dieser komplexen Gemengelage war die Regierung unter Führung Nelson Mandelas ab 1994 gefordert, neue Wege einzuschlagen. Mandela warb zunächst hohe Fördergelder in Taiwan ein und versuchte als Präsident Südafrikas, sowohl zu Taipeh als auch zu Peking Beziehungen zu pflegen. Doch die dortige Regierung erhöhte ihren Druck, eindeutig für die Volksrepublik Stellung zu beziehen. Auch

im ANC mehrten sich die Stimmen, die angesichts der steigenden Wirtschaftskraft Chinas und Hongkongs Mandela in diese Richtung drängten. Schließlich gab er nach und kündigte Ende November 1996 die Beziehungen mit Taipeh auf. Während sein Nachfolger Thabo Mbeki vor allem die Wirtschaftskraft auf dem afrikanischen Kontinent im Blick hatte und einen diesbezüglichen Führungsanspruch Südafrikas hegte, orientierte sich Präsident Jacob Zuma ab 2009 diplomatisch und ökonomisch in Richtung Peking. Es folgten die Mitgliedschaft in der BRICS-Partnerschaft, der neben China und Südafrika auch Brasilien, Rußland und Indien angehören, und die Ausrichtung der BRICS-Gipfel 2013 und 2018 sowie der Zusammenkunft des afrikanisch-chinesischen Wirtschaftsforums 2015 in Südafrika.

Diese Zeitschiene wird von manchen Autor*innen teilweise wiederholt, bemerkenswert ist aber die damit verbundene Kritik von *Lu Jiang* an Südafrika. Neben einer eher oberflächlichen Skizzierung der Sachverhalte ergreift sie klar Stellung für Peking und belehrt Pretoria. Inwieweit die Verortung der Autorin an der Wirtschaftsuniversität in Shanghai zu ihrer Einschätzung beitrug, bleibt fraglich. Auch in anderen Artikeln ist die Wortwahl bezeichnend: So wird nicht vom „Tian’anmen-Massaker“ Anfang Juni 1989 gesprochen, sondern nur vom „Protest“ oder von einer „Krise“. Angesichts der Tatsache, dass damals vor allem junge Menschen – viele Studierende – von der chinesischen Militärmaschinerie umgebracht wurden, werfen solche Gewalt banalisierenden Formulierungen ein Licht auf die Haltung von Wissenschaftler*innen, die selbst im akademischen Kontext oder in Bildungseinrichtungen in Südafrika tätig sind.

So berichtet *David Monyae*, Ko-Direktor des Konfuzius-Instituts an der Universität Johannesburg, über die Leistungen seiner Bildungsstätte. Er skizziert deren Angebote in Südafrika und in anderen afrikanischen Ländern. Die Bedeutung sieht er vor allem im Bereich der Sprach- und Kulturvermittlung, ideologischer Bezugspunkt seien konfuzianische Werte. Im Hinblick auf die Außenpolitik ordnet er die Arbeit seiner Einrichtung in den Traum der Kommunistischen Partei Chinas ein, zu deren 100. Gründungsjahr 2049 eine prosperierende Gesellschaft aufgebaut zu haben. Von einer wissenschaftlichen Analyse würde man eine Auseinandersetzung mit der Debatte über Konfuzius-Institute in Südafrika und den Mandarin-Unterricht an dortigen Schulen erwarten. Monyaes Ausführungen verweisen aber nur auf die Wirtschafts- und Diplomatieentwicklung in Südafrika, die den Leser*innen an dieser Stelle bereits bekannt sind.

Ökonomische Details bietet beispielsweise der Beitrag von *Jeremy Stevens* über die Handelsdynamiken. So war China 2019 der wichtigste Rohstoffexportpartner Südafrikas; im Gegenzug importierte dieses Land im innerafrikanischen Vergleich die meisten Konsumgüterprodukte aus China. Stevens benennt aber auch die Kehrseite: den Verlust von Arbeitsplätzen, der dem Niedergang der südafrikanischen Textil-, Leder- und Elektroindustrie durch chinesische Billigimporte geschuldet war. Damit sank auch Südafrikas Bedeutung als Exporteur von Gütern auf dem afrikanischen Markt.

Von Makro zu Mikroperspektiven des Handels führen *Yoon Jung Parks* & *Anna Ying Chens* Erläuterungen, die auf historischen und empirischen Forschungen

basieren. Park & Chen berichten über verschiedene Händlergenerationen, die ab Ende des 19. Jahrhunderts aus China nach Südafrika migrierten. Insbesondere während der Apartheid wurden sie – im Unterschied zu taiwanesischen Unternehmern – durch gesetzliche Restriktionen eingeschränkt und rassistisch diskriminiert. In den letzten Jahren gründeten neu eingewanderte chinesische Unternehmer eigene Organisationen bzw. Sicherheitsunternehmen zum Schutz vor Raubüberfällen. Deren Selbstverständnis in urbanen Gebieten, wo die südafrikanische Polizei keine Hilfe bietet, veranschaulichen die Autorinnen an einigen Beispielen.

Vom organisierten Verbrechen chinesischer Krimineller, deren Netzwerken und Vorgehensweisen in Südafrika, die in etlichen bekannten Detailstudien südafrikanischer Forscher*innen dokumentiert sind, erfährt man in diesem Sammelband nichts Wesentliches. Nur einzelne Beiträge weisen auf den Nashornhandel als Schlagzeile in den Medien hin, gehen aber nicht genauer darauf ein. Auch solche Auslassungen fordern zur kritischen Lektüre dieses Buches auf.

Rita Schäfer

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v42i2.13>

Miles Tendi; JoAnn McGregor & Jocelyn Alexander (Hg.):
The Oxford Handbook of Zimbabwean Politics, Oxford: Oxford UP 2020
(ebook, <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780198805472.001.0001>)

Simbabwe befindet sich spätestens seit der illegalen Enteignung und Vertreibung weißer Großfarmer und dem anschließenden Zusammenbruch der Wirtschaft ab dem Jahr 2000 in einer ökonomischen Dauerkrise, die große Folgeschäden für die Gesellschaft und Umwelt des Landes hat. Auch das Gesundheitssystem und weitere staatliche Sektoren litten massiv, gleichzeitig wurden Handlungsspielräume zivilgesellschaftlicher Organisationen drastisch eingeschränkt. Diesen Problemen und ihren Auswirkungen widmet sich das vorliegende Handbuch, das zweiundzwanzig elektronisch zugängliche Artikel enthält. Sie umfassen ein breites Themenspektrum; es reicht von der Wirtschaftspolitik, Finanzkrise und gigantischen Inflation über Beiträge zu Landrechten und mineralischen Ressourcen bis zu Artikeln über Gewerkschaften. Zum Verständnis der politischen Situation widmen sich mehrere Autorinnen und Autoren den Wahlen während der letzten Jahrzehnte, Konflikten in der Regierungspartei und dem Zustand der Oppositionsparteien. Darüber hinaus untersuchen sie die bruchstückhafte Sicherheitssektorreform und die Massengewalt staatlicher Sicherheitskräfte in den 1980er Jahren, die so genannten Gukurahundi-Massaker in den Matabeleland- und Midlands-Provinzen.

Zur Sprache kommen auch die Einschränkungen von Medien durch staatliche Repression und soziale Themen, etwa die Strukturen und Dynamiken in Studierendenorganisationen, sexistische Anfeindungen von Politikerinnen und Polizeiübergrieffe auf Interessenvertretungen von Homosexuellen sowie der Druck auf Nichtregierungsorganisationen. Bei außenpolitischen Aspekten wird die Rolle Südafrikas, Großbritanniens und Chinas hervorgehoben.